

Interview
07. Februar 2022

Silvia Engels im Gespräch mit Andrij Melnyk, Botschafter der Ukraine in Deutschland

Silvia Engels: Am Telefon ist nun der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk. Guten Morgen, Herr Botschafter.

Andrij Melnyk: Guten Morgen, Frau Dr. Engels.

Engels: Herr Melnyk, wir haben es gerade gehört: Ist es so, dass die Menschen in der Ostukraine im Moment mehr Sorge um ihr wirtschaftliches Auskommen haben als vor dem Krieg? Deckt sich das mit Ihren Eindrücken?

Melnyk: Wir haben das gerade in dieser Reportage aus Mariupol gehört. Dass die Menschen an diesen Krieg gewöhnt sind, und das schon seit acht Jahren. Das heißt, die Lage bleibt für sie jeden Tag dramatisch. Heute, wo wir kein einziges Anzeichen von Deeskalation sehen, sondern ganz im Gegenteil, wo wir beobachten, dass Putin Tag und Nacht aus allen Ecken seines Riesenreiches neues Kriegsgerät und frische Truppen an die ukrainischen Grenzen schickt, jetzt auch nach Belarus, das erfüllt uns alle mit Sorge, auch die Menschen in der Ostukraine.

Sie haben die Wirtschaft angesprochen und Sie haben natürlich Recht. Die Ukraine hat schon vor acht Jahren sieben Prozent ihrer Staatsfläche verloren und knapp 20 Prozent der Wirtschaftskraft auf der Krim und in der Ostukraine, und das ist bis heute bemerkbar. Die Folgen bleiben nach wie vor gerade für die Menschen an der Kontaktlinie verheerend. Deswegen ist es auch so wichtig, einen neuen Krieg, der gerade droht zu verhindern – das ist keine Drohgebärde; das ist kein Muskelspiel, wie das manche hier in Deutschland auf die leichte Schulter zu nehmen scheinen. Diese Wahrscheinlichkeit ist sehr groß und das spüren die Menschen. Man muss auch die Panik verhindern, weil diese Kriegsangst, die sich Tag für Tag verbreitet in der Ukraine, auch weiterhin unsere Währung beeinträchtigt und die Aktienmärkte – das alles hat einen enormen Preis. Deswegen muss man heute handeln. Da spielt auch Deutschland eine führende Rolle, um einen neuen Krieg noch zu verhindern. Denn die Ukrainer spüren den Hauch dieser rollenden Güterzüge mit todbringenden Waffen an die Grenzen. Sie riechen diesen ätzenden Ruß von Putin'schen Panzern, die ohne Pause in Stellung gebracht werden.

Engels: Dann schauen wir von diesen Alltagserfahrungen und den Sorgen, die Sie doch weiterhin als sehr hoch einschätzen, direkt auf Ihre Erwartungen. Wir haben ja nun den Besuch von Bundeskanzler Scholz beim US-Präsidenten. Was erwarten Sie von ihm?

Melnyk: Die Ukraine erwartet, dass Deutschland hier endlich eine Hauptrolle spielt, um einerseits diesen drohenden neuen großen Krieg mitten in Europa noch rechtzeitig zu verhindern. Andererseits müsste schnellstens gehandelt werden, damit die Ukraine ihre Gebiete, die sie ja verloren hat, die Russland schon vor fast acht Jahren militärisch besetzt hat und bis heute unter Okkupation hält, damit diese Gebiete befreit werden können. Das ist eine schwierige Aufgabe, keine Frage, aber dafür muss gehandelt werden. Wir erwarten, dass die Bundesregierung nicht mehr weiter abwartet, sondern dass die Regierung gemeinsam mit den Partnern innerhalb der EU und der NATO, und mit den USA natürlich, Präventivsanktionen einführt. Denn man redet zwar mit Putin in all' den vergangenen Wochen, aber er dreht weiterhin an dieser Eskalationsspirale und schüchtert ein und hält uns alle in Schach – die gesamte Bevölkerung in der Ukraine. Dieser Albtraum muss beendet werden und daher müssen Sanktionen auf den Tisch. Nord Stream 2 hätte schon längst auf dem Meeresgrund der Ostsee begraben werden müssen als Denkmal von Leichtsinnigkeit der vergangenen Politik, die leider auch heute fortgesetzt wird.

Engels: Präventivsanktionen verlangen Sie, jetzt schon von der Gas-Pipeline Nord Stream 2 Abstand zu nehmen. Was weiter?

Melnyk: Diese Liste ist lang und sie ist auch der neuen Bundesregierung seit Wochen bekannt. Wir glauben, dass Putin nur von diesem neuen Krieg abrücken kann, wenn er schon heute mit harten Strafmaßnahmen konfrontiert wird. Das sollte zum Beispiel ein Embargo für Erdgas und Erdöl, aber auch Kohleexporte sein. Deutschland importiert die Hälfte seiner Kohle immer noch aus Russland. Es sollte auch der Ausschluss von Russland vom Zahlungssystem SWIFT beschlossen werden. Aber auch persönliche Sanktionen. Man redet immer wieder über Präsident Putin und sein Umfeld, die Oligarchen-Clique in Russland. Alle diese Themen hätten schon längst angepackt werden müssen. Dann hätten wir es auch nicht mit dieser drohenden Gefahr zu tun. Man fährt nach Moskau, man führt Gespräche, der Dialog wird fortgesetzt, aber am Ende des Tages sehen wir, dass dieser Wahnsinn Tag und Nacht fortgesetzt wird.

Engels: Sie haben die vielen bilateralen Gespräche, die gerade anstehen, angesprochen. Fühlen Sie sich da auch etwas übergangen als Ukraine?

Melnyk: Wir wollen natürlich mitreden, denn es kann keinen Frieden geben, es kann keine Lösung geben für diese Eskalation, für diesen Konflikt, den Russland befeuert, ohne die Ukraine. Das ist klar für uns. Deswegen wollen wir, dass endlich auch der Berliner Normandie-Gipfel einberufen wird. Da ist auch Deutschland gefragt. Da hoffen wir, dass Bundeskanzler Scholz Putin buchstäblich zum Verhandlungstisch zurückzwingt, denn Putin meidet jedes Gespräch mit Präsident Selenskij. Seit Monaten sucht der ukrainische Staatschef das Gespräch, egal ob bilateral, unter vier Augen oder auch mit Vermittlern – zuletzt war Präsident Erdogan in Kiew und hat seine Vermittlung vorgeschlagen und wir haben zugesagt. Aber Putin will gar nicht reden. Er möchte nur mit den Amerikanern am Tisch sitzen und angeblich die Weltfragen lösen, ohne die Europäer, ohne die Ukrainer. Das darf man nicht tolerieren.

Engels: Ihre Regierung in Kiew hat jüngst eine konkrete Wunschliste für Waffensysteme an Berlin gegeben. Scholz hat das noch einmal abgelehnt. Wenn heute die deutsche Außenministerin Baerbock nach Kiew kommt, wird sie wohl nichts von dieser Liste folglich erfüllen können. Welchen Sinn hat dann aus Ihrer Sicht der Besuch?

Melnyk: Diese Liste ist nicht neu. Sie wurde jetzt präzisiert und auch offiziell mit einer Verbalnote an die deutsche Bundesregierung gesendet, damit man dann auch keine Ausreden mehr findet, uns nicht mit dem zu helfen, was wir am meisten benötigen. Wir glauben immer noch daran, dass die Bundesregierung einlenken wird, denn diese Blockadehaltung der Bundesregierung, sowohl der letzten Regierung wie der heutigen: Sie muss auf den Prüfstand gestellt werden. Die Lage ist heute eine ganz andere als vor wenigen Monaten oder vor Jahren und deswegen muss die Bundesregierung, muss die Ampel-Koalition diese Bedenken beiseiteschieben und sich wirklich ganz genau diese Liste ansehen. Denn es kommt darauf an, dass uns mit Defensivwaffen geholfen wird und nicht nur mit schönen Worten oder Ratschlägen, die wir heute vielleicht nicht besonders brauchen.

Engels: Bundeskanzler Scholz hat ja zuletzt das generell starke finanzielle deutsche Engagement für die wirtschaftliche Stabilisierung der Ukraine betont – in den letzten Jahren waren das fast zwei Milliarden Euro. Entwicklungshilfeministerin Schulze will weiter nachlegen und die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Strack-Zimmermann von der FDP, hat an diesem Wochenende von der Ukraine Mäßigung im Ton verlangt. „Man solle hier trotz allen Verständnisses für die emotionale Anspannung nicht Freund und Feind verwechseln.“ – Nehmen Sie das an?

Melnyk: Wir schätzen die Hilfe, die wir aus Deutschland erhalten haben, keine Frage. Wir sind dafür sehr dankbar. Nur alles ist in Relation und wenn wir schauen, wieviel Entwicklungshilfe wir aus Deutschland erhalten haben, dann steht die Ukraine auf dem Platz Nummer 13 hinter Kongo und vor Tunesien. Das heißt: Ja, zwei Milliarden Euro, das ist nicht der Betrag. Der Betrag konnte auch nicht aufgeschlüsselt werden. Bis heute haben wir gefragt, was wird konkret gemeint. Wir gehen davon aus, dass 771 Millionen Euro in all den letzten Jahren zur Verfügung gestellt wurden. Allein China bekommt aus Deutschland für diese Entwicklungshilfe fast 500 Millionen Euro und wir sind da in der Größenordnung mit Südsudan oder Somalia.

Das sind die Fragen, die sich stellen. Wie gesagt, wir schätzen diese Hilfe, wir sind nicht undankbar. Aber man muss auch klar sagen, dass von über 130 Milliarden Euro Entwicklungshilfe in den letzten sieben Jahren die Ukraine 0,5 Prozent erhalten hat. Prioritätensetzung sieht anders aus.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.